

Danziger Zeitung.

Nr. 19243.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Reiterhagengasse Nr. 4, und bei allen hiesigen Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3.50 Mk., durch die Post bezogen 3.75 Mk. — Inserate kosten für die sieben-gespaltene gewöhnliche Schriftzeile oder deren Raum 20 Pfg. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1891.

Politische Uebersicht.

Danzig, 3. Dezember.

Die Beratung des Antrags über die Berufsvereine.

Die erste Lesung des von freisinniger Seite beantragten Gesetzesentwurfs, der den Berufsvereinen (Gewerkschaften u. s. w.) unter gewissen Voraussetzungen die Rechte einer juristischen Person verleiht, hat, wie bereits telegraphisch gemeldet wurde, mit der Verweisung des Entwurfs an eine Commission geendet; aber nach dem Verlauf der Verhandlung hat es allerdings den Anschein, als ob es sich dabei nur um ein Zeichenbegünstigung handle; um so mehr, als es zweifelhaft ist, ob der Abg. Hise, der für das Gesetz eintrat, im Namen des Centrums gesprochen hat. Andernfalls aber ist es unwahrscheinlich, daß der Abg. Möller, indem er von dem Arbeitgeber-Standpunkt den Antrag bekämpfte, das im Namen der national-liberalen Partei gethan hat. Wenigstens ist von anderen Mitgliedern der Partei bekannt, daß sie die Auffassung des Herrn Möller nicht theilen. Am lauteften und längsten gegen den Antrag sprach ein Mitglied der kleinsten Fraktion des Reichstags, der Reichspartei, der Abg. v. Reudell, der das Haus mit einem orientirenden Vortrag über die in Rede stehende Materie bedachte, der den Fehler hatte, daß er in dem Hauptpunkte mit den tatsächlichen Verhältnissen nicht im Einklang stand. Herr v. Reudell behauptete, Corporationsrechte würden nach der bestehenden Gesetzgebung nur Vereinigungen ertheilt, welche gemeinnützige Zwecke verfolgten. Verfolgen die Gewerkschaften und Wirtschaftsgenossenschaften, die Handelsgesellschaften gemeinnützige Zwecke? Und hat nicht gerade die Reichsgesetzgebung den Innungsverbänden die Rechte einer juristischen Person ertheilt aus denselben Gründen, aus denen jetzt diese Rechte für die Gewerkschaften in Anspruch genommen werden, d. h. um ihnen einen besseren Rechtsschutz zu gewähren? Niemand würde einem früheren Diplomaten, wie Hr. v. Reudell ist, aus einer nicht völlig zureichenden Kenntniß dieser Verhältnisse einen Vorwurf machen, wenn derselbe sich nicht gerade in dieser Sache als Sachkenner des Reichstags präsentirte hätte. Das einzig Wirkliche in der Reudell'schen Rede war, daß er das rothe Geipen citirte und obendrein noch unter Berufung auf den Abg. Lasker, Herr Lasker habe im Jahre 1871, als Schulze-Dehlig's einen entsprechenden Antrag eingebracht, erklärt, es seien Cautele für das Gemeinwohl notwendig, damit nicht die Gewerkschaften den Krieg der Arbeitnehmer gegen die Arbeitgeber organisirten. Und weil Lasker das gesagt und in der Commission den Entwurf dahin vervollständigt hatte, deshalb erklärte Hr. v. Reudell sich sogar gegen Commissionsberatung. Wo ist da die Consequenz? Will man den Arbeitern keine Rechte einräumen, mit denen die Socialdemokratie vielleicht Mißbrauch treiben kann, so giebt man den Socialdemokraten, wie das die Abgg. Molkenbuhr und Heine gestern gethan, das Recht, zu behaupten, die Gesetze behandelten die Arbeiter ungünstiger, als die Arbeitgeber. Wollte man consequent sein, so müßte man ihnen auch das Coalitionsrecht entziehen. Der Abg. Hirsch wies mit Recht darauf hin, daß der Handelsminister über die Vereinsorganisation der Arbeiter anders denke, da er bei der Beratung des Arbeiterschutzgesetzes den schon damals vorliegenden Antrag der Freisinnigen als Mittel zu Organisationen anerkannt habe.

Daß auch der conservative Abg. Hartmann den Antrag auf das heftigste bekämpfte, kann um so weniger überraschen, als der Abgeordnete die Gelegenheit benutzte, sich gegen ein Reichsvereinsgesetz auszusprechen, damit nur ja das famose schändliche Vereinsgesetz keinen Schaden leide. In Sachen hat sich dieses Gesetz bekanntlich als Ersatz für das Socialistengesetz vollauf bewährt.

Merkwürdig war die Stellung, welche die Socialdemokraten zu dem Antrage Hirsch und Genossen einnahmen. In der Reihenfolge der Redner sprachen sie für den Antrag, aber in Ausführungen, die deutlich erkennen ließen, daß die Rechte, welche der Antrag den Arbeitern einräumen sollte, sich in zu engem Rahmen bewegten. Die Socialdemokraten versprachen sich von dem neuen Gesetz, welches den Vereinsmitgliedern nicht nur Pflichten, sondern auch Rechte gegenüber den Führern einräumen würde, sehr wenig; sie fürchteten offenbar, daß diese gesetzliche Organisation der Be-

wegung Handhabe anlegen würde, und deshalb erklärte der Abg. Heine, die Arbeiter hätten gar nicht daran, unter der gesetzlichen Fahne, d. h. unter der schwarz-weiß-rothen Fahne zu marschiren, sie hielten an der rothen Fahne fest. Der Präsident sah darin eine Mißachtung der Fahne des Vaterlandes und rief den Redner zur Ordnung. Das geflügelte Wort des Abg. Heine sollte aber gerade die zur Vorsicht mahnen, die unter dem Vorwande, die Organisation der Arbeiterbataillone verhindern zu müssen, den Arbeitern den Anspruch auf gesetzliche Gleichberechtigung, den der kaiserliche Erlaß an den Handelsminister vom 4. Februar 1890 anerkannt hat, verschränken wollen.

Der Eindruck von Caprivi's Rede in Petersburg.

Ueber die Aufnahme, welche die große Rede des Reichskanzlers im Reichstage in Petersburg gefunden hat, erhält die russische Beziehungen unterhaltende „Allg. Reichs-Corr.“ folgendes Telegramm: „Nachdem der Wortlaut der Rede Caprivi's hier bekannt geworden ist, hat sich der tiefe Eindruck, welchen dieselbe auf die hiesigen Regierungskreise und die gesammte öffentliche Meinung hervorgerufen hat, noch verstärkt. Seit langen Jahren hat keine öffentliche Kundgebung aus Centraleuropa sich hier so allgemeinen Beifalls und ungeheurer Zustimmung zu erfreuen gehabt.“

Die „Hamb. Nachrichten“ und Caprivi's Rede.

Das Hamburger Bismarckorgan hat auch bis jetzt noch keinen selbständigen Artikel über die neue Rede Caprivi's gebracht, dagegen mit großer Sorgfalt aus der gesammten europäischen Presse alles zusammengetragen und wiedergegeben, was darin Ungünstiges über Caprivi's Ausführungen geäußert worden ist — was ja auch tief genug blicken läßt.

Die Getreidezölle und die Brodfruchtproduktion.

Im Reichstage stellten sehr oft Redner Behauptungen zur Begründung ihrer Parteistellung auf, welche nachher in Folge der Stelle, an welcher sie ausgesprochen sind, als unweifelhaft beglaubigte Thatsachen gelten; damit nun solches nicht auch Platz greife in Bezug auf die Auslassung des Abg. v. Frege in der Sitzung vom 28. Nov., der zufolge wir nach einer Broschüre des Abg. v. Kardorff jetzt noch mit $\frac{1}{10}$ unseres Bedarfs an Brodfrucht auf das Ausland angewiesen seien, bei Beibehaltung der Zölle aber in einigen Jahren unseren Bedarf selbst produciren könnten, möchten wir doch sofort constatiren, daß eine solche Behauptung jeder Begründung entbehrt, daß sie absolut unrichtig ist. Herr v. Frege will damit beweisen, daß die Getreidezölle eine Vermehrung der Getreideproduction herbeiführen haben und bei Aufrechterhaltung derselben weiter herbeiführen werden; es ist leicht nachzuweisen, daß dies eine unrichtige Behauptung ist. Wir sehen bei dem Nachweis natürlich von dem Ernteausfall ab, weil derselbe je nach Wind und Wetter schwankt und beschäftigen uns mit der mit der größten Genauigkeit feststehenden Fläche, die mit Getreide bebaut ist. Da sehen wir denn, daß im Jahre 1880, dem ersten Jahre der Schutzölle in Deutschland, 5 920 068 Hektar mit Roggen bepflanzt waren und daß sich diese Fläche mit jenen kleinen Schwankungen, welche gute und schlechte Ernten im Gefolge haben, bis zum Jahre 1888 auf 5 814 253 Hektar ermäßigt hat. Wir haben also bei der wichtigsten Körnerfrucht als Wirkung der Schutzölle einen Rückgang der bebauten Fläche. Welchen hat allerdings zugenommen; die bebautete Fläche ist von 1 815 280 Hektar auf 1 933 337 Hektar gestiegen; ziehen wir die Anbaufläche beider Getreideforten zusammen, so beträgt die Steigerung $\frac{1}{10}$ Proc., während in der gleichen Zeit die Bevölkerung um etwa 10 Proc. gestiegen ist. Daraus wird jedermann erkennen, daß auch unter der Herrschaft der Schutzölle das Deficit an Getreide, welches durch Bezug aus dem Auslande gedeckt werden muß, sehr bedeutend gestiegen ist. Als besondere Illustration zu der Lehre von der Wirkung der Schutzölle möchten wir noch hinzufügen, daß, während die mit dem geschützten Roggen bebaute Fläche um 1.8 Proc. zurückgegangen ist, die mit Kartoffeln, welche sich keines Schutzes erfreuen, angebaute Fläche in der gleichen Zeit von 2 762 934 Hektar auf 2 920 330 Hektar, also um 5.6 Proc. gestiegen ist.

Dichtung die Rede ist. Der Sultan und Sittah wurden von Hrn. Mogimilian und Fr. Werra gut durchgeführt. Fräul. Banciu gab die Rede sehr anmuthig, natürlich und mit hübsch nuancirtem Vortrag. Der gemischte Charakter der Daja, in dem neben der Herzensgüte allerlei schlimme Züge liegen und der daher leicht dazu verführt, die letzteren scharf zu markiren, wurde von Fr. Seebach mit großer Feinheit gezeichnet. Sie vermied dadurch alles Grelle und machte die Frau glaublich, der trotz ihrer Schwächen ein Nathan die Erziehung seiner Tochter anvertrauen kann. Insbesondere müssen wir noch die verständnißvolle Behandlung der Rede loben. Recht schwierig ist der eigenartige Charakter des Dervischs und selten haben wir ihn ganz genügend spielen sehen. Gestern gelang es Herrn Stein durch sein frisches und resolutes Spiel den Al Hafi so lebensvoll auszuspielen, daß er das volle Interesse der Zuschauer gewann. Wir haben an der Ausführung und Darstellung der Rolle nichts auszusetzen; vielleicht nur könnte eine etwas ältere Maske gewählt werden, da wir uns den Al Hafi im Alter dem

Änderung in der Organisation des Nachtwachwesens.

Die Vorgänge, welche bei dem Prozeß Heintze an die Öffentlichkeit gelangt sind, haben auch die Frage der Organisation des Nachtwachwesens speciell in Berlin wieder auf die Tagesordnung gestellt. Angesichts einer Mittheilung nun, daß Verhandlungen, welche auf die Verbindung des Nachtwachwesens mit der Schutzmannschaft hinauslaufen, an den erheblichen Mehrkosten einer solchen Einrichtung gescheitert sind, erinnern die „Pol. Nachr.“ daran, daß einen der Zwecke des für die nächste Landtagsession wiederum geplanten Polizeihofengesetzes die Gewinnung der Mittel zu einer besseren und kräftigeren Organisation der Sicherheitspolizei bildet. „Fiskalische Zwecke werden“, fährt das genannte Organ fort, „bei der beabsichtigten Neuordnung der Beitragsverhältnisse des Staates und der Gemeinden zu den Kosten der hgl. Polizeiverwaltung nicht verfolgt. Ausgleichende Gerechtigkeit und Verbesserung der Sicherheitspolizei sind vielmehr die einzigen Zwecke, welche damit erreicht werden sollen. Unter den letzteren Gesichtspunkt fällt auch eine dem Bedürfnis der Gegenwart entsprechende Ordnung des Nachtwachwesens im engen Anschluß an die mit der übrigen Sicherheitspolizei betrauten Organe. Dies sind in allen Städten mit hgl. Polizeiverwaltung die hgl. Polizeibehörden. Es liegt augenscheinlich auch nicht in der Absicht, hierin in Zukunft eine Änderung eintreten zu lassen. Wenn sonach neben den erhöhten finanziellen Aufwendungen in einigen Fällen der Uebergang des Nachtwachwesens auf den Staat die Voraussetzung einer dem Bedürfnis entsprechenden Regelung desselben bilden wird, so liegt bekanntlich in der Absicht, den betreffenden Städten durch Erweiterung ihrer Selbstverwaltung auf dem Gebiete der Wohlfahrtspolizei einen mehr als ausreichenden Ausgleich zu bieten.“

Die Reichsausgaben für die Arbeiterversicherung.

Der Zuschuß, welchen das Reich zu den Invaliditäts- und Altersrenten voraussichtlich für das Jahr 1892 auszugeben haben wird, ist bekanntlich im Reichshaushaltsetat für 1892/93 auf 9.2 Millionen veranschlagt. Es ist dies indessen nicht die einzige Ausgabe, welche das Reich für die Arbeiterversicherung zu leisten hat. In den einzelnen Verwaltungszweigen müssen Beiträge seitens des Reichs für die verschiedenen versicherungspflichtigen Personen sowohl für die Kranken- wie für die Unfall-, wie auch für die Invaliditäts- und Altersversicherung aufgebracht werden. Die Summe, welche hierfür auf das Etatsjahr 1892/93 in Anspruch gebracht ist, beläuft sich auf über eine Million Mark. Die Hauptposten mit über 500 000 Mk. bzw. über 200 000 Mk. nehmen davon die Verwaltung des Heeres und der Marine in Anspruch. Der Rest vertheilt sich auf die Post- und Telegraphenverwaltung, die Eisenbahnverwaltung, die Reichsdruckerei und mehrere andere kleine Verwaltungsweige. Insgesamt werden demnach die Kosten, welche dem Reich für 1892/93 aus der gesammten Arbeiterversicherung erwachsen dürften, auf über 10 Millionen zu beziffern sein.

Ausdehnung des Weltpostvereins.

Wie schon anderweitig gemeldet wird dem Bundesrathe die Vertragsurkunden, welche auf dem Postcongreß in Wien in diesem Jahre auch von den deutschen Bevollmächtigten unterzeichnet worden sind, zugegangen. Es ist vielleicht nicht ohne Interesse, zu erfahren, daß der Weltpostverein beim Abschluß des Berner Postvertrages im Jahre 1874 40 Millionen Quadrat-Kilometer mit etwa 350 Millionen Einwohnern umfaßte. Beim Abschluß des Pariser Postvertrages im Jahre 1878 umfaßte er 67 Millionen Quadrat-Kilometer mit etwa 750 Millionen Einwohnern. Beim Abschluß des Lissaboner Abkommens im Jahre 1885 umfaßte er 83 Millionen Quadrat-Kilometer mit etwa 843 Millionen Einwohnern. Jetzt, nach Hinzutritt Australiens im Jahre 1891 umfaßt der Weltpostverein 96 Mill. Quadrat-Kilometer mit etwa 946 Millionen Einwohnern.

In der österreichischen Delegation

führte gestern bei der Generaldebatte über das Heeresordinarium der Kriegsminister Freiherr v. Bauer aus, er könne sich weder für noch gegen die zweijährige Präsenzdienstzeit aussprechen, weil noch Studien gemacht werden müßten. Das deutsche Muster könne nicht einfach

Nathan nahe vorstellen. Indessen, das kann bestritten werden, da eine ausdrückliche Hinweisung darauf im Stück fehlt. Herr Kub hatte den Klosterbruder im wesentlichen richtig aufgefaßt; wir rathen nur zu einer noch größeren Einfachheit und Unbefangtheit des Vortrags. — Der Patriarch war gestern, unserer Meinung nach, vollkommen verfehlt, wenn er auch von einem Theil des Publikums mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurde. Es ist ja auch ein schönes Zeugniß für den humanen Geist, der Lessing befeelte, daß er diesen Pfaffen, den er dem Spott preisgeben will, nicht zu einem finsternen, trocknen Schleicher macht, sondern mit Behaglichkeit ausstattet. Dadurch wird der furchtbare Fanatismus, den er im Munde führt, zu einem komischen Renommiren. Aber trotzdem darf doch der Darsteller die Figur nicht in die Pöffe hinabziehen. Ein solche Caricatur, wie wir sie gestern sahen, ist doch als erster christlicher Geistlicher in dem wohlgeordneten Reiche des Saladin undenkbar. Trotz dieses einen Irrthums machte, wie gesagt, die geistige Darstellung einen entschieden guten Eindruck und fand auch eine sehr dankbare Aufnahme.

auf die österreichischen Verhältnisse angewandt werden; es müßten vorerst die nothwendigen Vorbedingungen geschaffen werden. Dieselben seien ein bedeutend erhöhter Präsenzstand, vermehrte Unteroffizierschulen, sowie Verbesserung der Lage der Unteroffiziere. Die Kriegsverwaltung widme der Frage ihre Aufmerksamkeit. Da jedoch vorerst den obigen Bedingungen, wozu ein bedeutender Geldaufwand nothwendig sei, entsprochen werden müßte, müsse der Kriegsverwaltung Zeit gelassen werden. Hierauf wurde die Generaldebatte geschlossen und die Specialdebatte begonnen.

Professor Billroth führte aus, bei den modernen Waffen werde die Zahl der Verwundungen durch die Gewehre noch mehr zunehmen als bisher. Die Verbandplätze müßten wegen der Tragweite der Geschosse noch mehr zurückgelegt werden; es werde unmöglich sein, die Verwundeten zurückzutragen. Der Transport müsse durch Wagen geschehen. Durch die somit nothwendige Beschaffung derselben werde der Train sehr vergrößert. Schließlich wies der Redner auf die Wichtigkeit der elektrischen Beleuchtung des Schlachtfeldes hin und verlangte die Wiedererrichtung der militärärztlichen Akademie.

Vermehrung des Goldvorraths der Bank von England.

In einer gestern Nachmittag abgehaltenen Sitzung der Londoner Handelskammer, welcher Vertreter der ersten Bankfirmen und Geschäftshäuser beizuhöhen, erörterte der Schatzkanzler Goschen den Plan betreffend die Vermehrung des Goldvorraths der Bank von England durch die Emission von Einpundnoten und erklärte dabei Folgendes: Nachdem die Gesamtnotenausgabe eine Höhe von 38 Millionen unter denselben Bedingungen wie bisher erreicht haben würde, würden $\frac{1}{4}$ des Notenbetrages gegen Gold und $\frac{1}{4}$ gegen Werthpapiere emittirt werden. Sollte dies den Goldvorrath bedeutend vermehren, so würde er in den Bestimmungen des Bankgesetzes insofern Erleichterungen eintreten lassen, daß die Bank in den Stand gesetzt sei, im Falle einer inneren Krisis Noten gegen Werthpapiere unter der Bedingung auszugeben, daß die Bank für eine solche Emission erhöhte Zinsen an die Regierung zahle. Der Plan, Einpundnoten auszugeben, solle keinen obligatorischen Charakter haben, seine Ausführung hänge von der Aufnahme von Seiten des Publikums ab. Von der Ausführung des Planes, Scheinbillsnoten gegen Silberdeckung auszugeben, sei Abstand genommen. Sollte jedoch das Ausland seine Münzstätten zur freien Silberprägung öffnen, so würde die Bank von England aufgefordert werden, von der Bestimmung des Bankgesetzes Gebrauch zu machen, welche der Bank gestattet, $\frac{1}{4}$ ihres Metallvorraths in Silber anzulegen.

Ruhe in Rio Grande do Sul.

Eine officiële Depesche aus Rio Grande do Sul theilt mit, daß die Teilnehmer an der dortigen Erhebung die Waffen niedergelegt, sobald durch den Rücktritt des Marfchalls Fonseca die gesetzmäßigen Zustände wiederhergestellt waren, und daß seitdem in Rio Grande alles ruhig ist.

Reichstag.

132. Sitzung vom 2. Dezember.

Auf der Tagesordnung steht zunächst der von den Abgg. Hirsch u. Gen. eingebrachte Gesetzesentwurf betreffend die eingetragenen Berufsvereine. Nach demselben sollen Vereine, die gewisse Bedingungen erfüllen, die Rechtsfähigkeit erhalten, die jetzt nur von den Behörden besonders verliehen wird.

Abg. Hirsch (Freil.): Schutz-Dehlig's Anträge im norddeutschen und deutschen Reichstage betr. die privatrechtliche Stellung der Vereine scheiterten leider an dem Widerspruch der Regierung. Sie hätten der deutschen Nation viele innere Kämpfe auf dem Gebiete der Arbeiterfrage erpart. Zu derselben Zeit wurde in England das Gesetz betreffend die Gewerkschaften angenommen, in Folge dessen die Arbeiterbewegung in England niemals den Grad von Leidenschaftlichkeit und Verbitterung erreichte, wie bei uns. Das gegenseitige Wirken der freien Vereinigungen ist auch anerkannt worden bei der Beratung der Gewerkschaften durch den Antrag Hise auf gesetzliche Anerkennung der Berufsvereine. Ich sehe in den Berufsvereinen nichts, was uns mit Gefahr bedroht. Die Berufsorganisation ist keine Kampforganisation, die socialen Kämpfe werden im Gegentheil durch gesetzliche Normative dieser Art geregelt und gemäßig. Unsere Gewerkschaften, denen ich nahe liehe, verfolgen durchaus friedliche und gesetzliche Zwecke. Die Berufsvereine sind nicht gegen das Kapital gerichtet, sie regeln nicht bloß das Verhältniß zwischen Arbeitern und

Am Freitag Abend veranstaltet die Direction einen Liederabend, an welchem die Damen Mischner, Drucker und Neuhaus und die Herren Minner und Lunde fünf Lieder des Componisten der „Cavalleria Rusticana“, Pietro Mascagni, singen werden. Zu Beginn der Vorstellung gelangt eine Novität „Der Stellvertreter“, Schwank in 1 Akt von Coherstorfer zur Aufführung; dann folgt, ebenfalls zum ersten Mal das Schauspiel „Sicilianische Bauernreue“ von Giovanni Verga.

Fr. Werra, welche sich durch ihre bisherigen Leistungen bereits die volle Sympathie unseres Publikums erworben, hat am nächsten Dienstag ihr Benefiz, zu welchem sie das Lindau'sche Schauspiel „Die beiden Leonoren“ gewählt hat, das hier nur bei Gelegenheit des Dresdener Ensemble-gastspiels gegeben ist. Das interessante Stück und die Beliebtheit der Beneficiantin lassen eine freundliche Theilnahme des Publikums für diesen Abend erwarten.

Stadt-Theater.

Der gestrige Altkirchabend brachte Lessings „Nathan“ in einer im ganzen sehr würdigen Darstellung. Herr Schreiner hatte den Charakter des Nathan vollkommen richtig erfaßt; er gab ihn schlicht und einfach in der Form, aber voll innerer Würde und Wärme des Herzens; sein Vortrag war durchweg verständnißvoll und vermittelte auch an den Stellen, die so leicht dazu verleiten — wie die Parabel von den drei Ringen und die Scene im 4. Akt mit dem Klosterbruder — jedes hohe Pathos, das dem Charakter dieses Mannes ganz fremd ist. Nicht minder gut fand sich Hr. Kewer mit dem Tempelherrn ab. Auch hier entsprach die Darstellung in allem Wesentlichen den Absichten des Dichters; in jugendlicher Mannlichkeit, etwas derb, aber ehrlich, feurig und leidenschaftlich überhäuft, aber zugleich treuherrig wurde uns der junge Ritter vorgeführt. Nur eine kleine Aeußerlichkeit vermiften wir: das Streichen der Augenbrauen, von dem als charakteristischem Erkennungszeichen in der

Arbeitgeber, sondern die Mitglieder verfolgen in allen Dingen den brüderlichen Zweck, sich gegenseitig materiell und moralisch zu heben. Unterfertigung der etwaigen unermesslichen Kämpfe bilden in dem Budget der Gewerkschaften nur einen untergeordneten Posten. Ihre Hauptaufgaben sind die Beförderung eines wirklichen Rechtsbewusstseins und die Unterfertigung bei Arbeitslosigkeit, nicht bloß bei der Krankenversicherung unterliegenden Erkrankungen, sondern namentlich auch bei Stellenlosigkeit, wenn das Geschäft flaut; für diese Arbeitslosigkeit hat noch kein Staat Hilfe zu bringen versucht, da kann nur die freie Vereinsfähigkeit eintreten, wodurch die Unterfertigung nicht als Almosen, sondern als gutes Recht erscheint. Wir haben jetzt 6000 solcher Gewerkschaften mit 400 000 Mitgliedern, ein Zeichen, wie groß das Bedürfnis in diesen Kreisen ist, sich zu organisieren. Bisher sind ganz außerordentliche Summen an Vereinsvermögen, die Ergebnisse aus mühseliger Arbeit, verloren gegangen, weil es den Vereinen als solchen nicht möglich war, Prozesse zu führen. Redner empfiehlt die Vorlage, die sich dem bairischen Vereinsgesetz und dem Genossenschaftsgesetz anschließt, und bekämpft den Einwand, daß dieses Gesetz den Socialdemokraten in die Hände arbeite. Im Gegentheil sei zu hoffen, daß die Socialdemokratie durch diese Vereine zur gesetzlichen Mitarbeit herangezogen werde. (Beifall links.)

Abg. v. Reudell (Reichsp.): Um den Charakter juristischer Personen zu erlangen, müssen Vereinigungen ihre vermögensrechtliche Lebensfähigkeit und ihre Gemeinnützigkeit nachweisen. Schutze-Deich hat verschiedene Gesetzentwürfe dem Reichstage vorgelegt, um den Gewerkschaften Corporationsrechte zu verschaffen. Cascher erklärte sich 1873 dafür, das Verleihen der Corporationsrechte durch gesetzliche Normativbestimmungen zu ersetzen, hielt aber bei den Gewerkschaften noch besondere Cautele für notwendig, da diese Vereine den Krieg zwischen Arbeitern und Arbeitgebern organisieren. Redner geht auf die Entwicklung der Gewerkschaften ein und schildert die großen Strikes der letzten Jahre. Nach solchen Vorgängen können die Gewerkschaften Corporationsrechte nicht erhalten; denn die Förderung der Gemeinnützigkeit trifft für sie nicht zu, da der Kampf gegen die Arbeitgeber sie des Prädikats der Gemeinnützigkeit verlustig macht. Die Rechte, welche man den Berufsvereinen geben würde, würden ohne weiteres den Socialdemokraten zufallen. Die Hirsch-Dunker'schen Vereine umfassen etwa 60 000 Mitglieder, die socialdemokratischen Fachvereine aber 300 000 Mitglieder. Welchen Eindruck würde es auf die Industrie machen, wenn den Arbeitervereinen die Rechte der juristischen Person verliehen würden! Dem massenhaften Contractbruch könnte man dann gar nicht entgegenzutreten. Massenelend würde die Folge sein. Von einer commissarischen Berathung ist kein Erfolg zu erwarten. (Beifall rechts.)

Abg. Nothenhauer (Soz.): Was den Unternehmern gestattet ist, muß auch den Arbeitern gestattet werden. Die Unternehmer bilden Actiengesellschaften, die sich wieder zu Cartellen zusammenschließen, um die Preise zu heigern, während die Arbeiter nicht im Stande sind, für die Steigerung des Preises ihrer Waare, ihrer Arbeitskraft, sich zu vereinigen. Solche Unternehmerverbände treiben auch Politik, treten trotz des Vereinsgesetzes mit einander in Verbindung und finden bei den Behörden Unterstützung, z. B. durch Einstellung von Soldaten an Stelle ausländischer Seher. Eine Aenderung der Stellung der Arbeitervereine ist notwendig, aber die Vorlage der Freireichung ist eine sehr mangelhafte. Warum soll ein Verein aufgelöst werden, wenn einzelne Mitglieder desselben gegen die Gesetze verstoßen haben; dadurch würden ganz unschuldige Personen bestraft. Man sollte den deutschen Berufsvereinen dieselben Rechte gewähren, welche sie in England und Amerika haben, wo man ihnen auch die Besprechung öffentlicher Angelegenheiten gestattet hat. Die Kämpfe der Arbeiter gegen die Arbeitgeber werden durch die Organisation gemildert, nicht verschärft. Die besten Arbeiter gehen über das Meer und schaffen die Konkurrenz. Deshalb muß man den deutschen Arbeitern das Recht geben, sich zur Besserung ihrer Lage zusammen zu thun. Die Störung der öffentlichen Sicherheit durch die Organisationen ist nicht zu befürchten.

Abg. Hartmann (cons.): Die Stagen über die Militärverwaltung sind bereits im sächsischen Landtage vorgebracht worden und hat dort die Regierung völlig rechtfertigende Erklärungen abgegeben. Die Lage der deutschen Arbeiter ist gar nicht so greulich, wie sie geschildert wurde. Die Verleihung der Corporationsrechte entzieht die Vereine der Aufsicht der Behörden und gestattet ihnen, mit einander in Verbindung zu treten; das ist die bedenklichste Seite der Sache, denn das Gesetz wird nicht bloß den Hirsch-Dunker'schen Vereinen, sondern auch denen der Socialdemokratie zu gute kommen. Wichtig ist es auch, wie dieser Antrag eingreift in andere Rechtsgebiete, z. B. in die Zuständigkeit des Reichsgerichts bezüglich der Vereinsangelegenheiten, die in den Einzelstaaten gelten. Diese Gesetze mögen der Verbesserung bedürftig sein, weil sie zum Theil veraltet sind. Die Commission wird prüfen müssen, wie diese Vereinsgesetze, die nun einmal bestehen, bei dem beantragten Gesetze fortkommen. Redner empfiehlt Ueberweisung an eine Commission von 14 Mitgliedern.

Abg. Hise (Centr.): Unfreie Vereinsgesetze sind in der That veraltet, sie haben nicht Schritt gehalten mit unserer Entwicklung. Der Gedanke, daß die Berufe zusammenzutreten zur Förderung ihrer Interessen, ist ein echt deutscher. In diesem Sinne betrachte ich das Gesetz. Es kommt allen Kategorien zu gute. Es handelt sich aber nicht allein um die Organisation der Arbeiter, sondern überhaupt der Berufsvereine, das Gesetz soll also auch auf Künstler, Aerzte u. s. w. Anwendung finden können. Es wird hier keine neue Arbeiterorganisation geschaffen, sondern die haben wir schon in Folge der Coalitionsfreiheit, hier sollen nur die schon bestehenden Organisationen auf gesetzlichen Boden gestellt werden. Die Schaffung solcher gesetzlicher Formen ist sehr geeignet, auf die bisher stürmische Bewegung mächtig einzuwirken.

Abg. Müller (nat-lib.): Bei dieser Vorlage wird nicht viel herauskommen. Die Rede des Abg. Hirsch hätte ich verstanden, wenn sie vor zwanzig Jahren gehalten worden wäre. Die Zeiten haben sich aber geändert. In England war das Gesetz über die trades unions gegenüber dem früheren rechtlosen Zustande der Arbeiterorganisationen eine Nothwendigkeit. Aber bei uns sind die Arbeitervereine keineswegs rechtlos, und wenn einmal die politische Genehmigung auf Grund des Vereinsgesetzes auf Schwierigkeiten stößt, so sind das Ausnahmefälle. (Widerspruch links.) Redner beruft sich ebenfalls auf Caschers Meinung, daß die Organisation durch Gesetz eine Kampfsorganisation sein würde, und schließt sich dem Antrage auf commissarische Berathung an.

Abg. Heine (Soz.): Wie steht bei allen Gesetzen, so fragt man auch, wie dieses gegen die Socialdemokratie wirken wird. Das Wohl des Volkes ist ja bei uns nicht oberstes Gesetz. Herr v. Reudell wollte unter keinen Umständen den Arbeiterbatalionen die schwarz-weiß-rote Fahne austheilen. Ich verführe ihnen, wir wollen Ihre schwarz-weiß-rote Fahne nicht. Wir wollen unter keiner anderen weiter marschieren als unter unserer roten. Man meint, diese Materie müsse mit dem ganzen Vereinswesen der Einzelstaaten zusammen geregelt werden. Da würde nur eine Verschlechterung der Bestimmungen der Einzelstaaten herauskommen, welche heute sich noch einer einigermaßen freien Vereinsgesetzgebung erfreuen. Wir würden nach preussischem oder gar sächsischen Muster ein schlimmeres Vereinsgesetz erhalten. Die Ueberweisung an eine Commission ist dem Redner gleichgültig, da es sich dabei doch nur um eine Revidirung handelt.

Damit schließt die Discussion. Im Schlußwort bemerkt **Abg. Schneider-Nordhausen (freil.)**: Wir beschränken uns bei diesem Gesetz auf das zur Zeit Erreichbare, wollen also dessen Wirksamkeit nicht auf Vereine aller Art, sondern nur auf Berufsvereine erstrecken, und das Gesetz soll nicht allein für den Arbeiter, sondern auch für den Arbeitgeber gelten, und auch für andere Berufsarten. Wenn man den Actien- und Handels-

gesellschaften und den Genossenschaften, die doch lediglich dem Erwerb dienen, die juristische Persönlichkeit verleihen, was soll man den Vereinen, deren Streben dem ganzen Berufe zu gute kommen soll, dieses Recht versagen. Die Gefahr der Arbeitslosigkeit wird durch das Bestehen solcher Vereine nicht gefördert; beim Budgetdruckausfall z. B. ist vom Contractbruch nicht die Rede gewesen. Zur Widerlegung der verschiedenen Bedenken beruft sich Redner auf die Auslassungen des ehemaligen österreichischen Ministers Schaffie, welcher für die Organisation der Arbeiter und Arbeitgeber eingetreten ist, um dadurch an die Stelle des Kampfes die Vereinbarung zu setzen. Die Erfahrungen in England sind der beste Beweis dafür, die Reaktionen zur Socialdemokratie sind bei den englischen Arbeitern nicht so groß wie bei uns. Rücksichten auf die Socialdemokratie sollten nach dem Fall des Socialistengesetzes nicht mehr maßgebend sein.

Präsident v. Bezukow verliest aus dem stenographischen Bericht die Bemerkung des Abg. Heine über die schwarz-weiß-rote und über die rote Fahne und ruft den Abgeordneten wegen Mißachtung des Reichstages zur Ordnung.

Der Gesetz-Entwurf wird an eine Commission von 14 Mitgliedern verwiesen.

Nächste Sitzung: Donnerstag.

Deutschland.

* **Berlin, 2. Debr.** Dem hiesigen Kaiserfrat ist auf die an Ihre Majestät die Kaiserin Friedrich gerichtete Geburtsstags-Glückwunsch-Adresse folgendes Antwortschreiben zugegangen: Der Glückwunsch des Magistrats von Berlin zu meinem Geburtsstages hat mir fern von der Heimat besonders wohlgethan. Je lebhafter Antheil ich an allem nehme, was das Wohlergehen und das fortschreitende Gedeihen der nach allen Richtungen hin sich entwickelnden Hauptstadt betrifft, um so dankbarer empfinde ich den warmen Ausdruck anhänglicher Gesinnung, mit welchem der Magistrat seine Glückwünsche verbindet. Möchte Gottes Segen ruhen auf der Arbeit des Magistrats, welche die Entwicklung Berlins in den letzten Jahren in so hohem Maße gefördert hat.

Berlin, 30. November 1891.

gez. Victoria, Kaiserin und Königin Friedrich.

L. Berlin, 2. Debr. Zu Beginn der heutigen Sitzung der Budgetcommission plädierte Abg. Fröhner (Centr.) für baldige und allmähliche, wenn auch nur stückweise Revision sowohl der Unfall- als Invaliditätversicherung und allgemeine Einführung der Krankenversicherung für landwirtschaftliche Arbeiter. Abg. Hartmann (cons.) will nur allgemeine durchgreifende, nicht stückweise Änderungen der Socialversicherung; nur deren gründliche Revision sei möglich. Wenn das Invaliditätsgesetz unpopulär sei, so liege es zum großen Theile daran, daß die Presse dasselbe zu schlecht behandelt habe. Abg. Schrader (freil.) antwortet darauf, daß, wenn die Presse dies gethan habe, es von der Presse aller Parteien geschehen sei. Wenn die socialen Gesetze zu manchen Ausstellungen Anlaß gäben, so sei es zum guten Theile dem zuzuschreiben, daß diese Gesetze zu schnell zu Stande gebracht seien. Minister v. Bötticher spricht sich gegen eine allgemeine Revision aus; er ist der Ansicht, daß Anträge auf Änderungen zu stellen, Sache derjenigen sei, welcher solche Wünsche, je nach Umständen der Regierung oder des Reichstags, Abg. Singer (Soz.) wünscht, daß die Regierung ihrerseits nothwendig erscheinende Änderungen beim Reichstage beantrage, da nur sie im Besitz des zur Begründung nothwendigen Materials sei. Abg. Schrader wünscht, daß der von dem Reichsversicherungsamt zu erstellende Bericht sich nicht auf Zahlen und formelle Mittheilungen beschränke, sondern auch über die Wirksamkeit der Socialgesetze und die Thätigkeit des Reichsversicherungsamts eingehende Mittheilungen mache. Minister v. Bötticher ist der Meinung, daß dies nicht angängig sei. Schließlich werden die Ausgaben für das Reichsversicherungsamt ohne Aenderung genehmigt. Bei „physikalisch-technischer Reichsanstalt“ sagt Minister v. Bötticher auf Anregung des Abg. Hammacher Mittheilungen über die Thätigkeit der Anstalt von Zeit zu Zeit zu. Die Bewilligung von 900 000 Mk. für die Ausstellung in Chicago empfiehlt Referent v. Behr; ebenso Abg. Siegle. Derselbe erwartet, daß wenn im Laufe der Zeit mehr Bedürfnisse sich ergeben, diese über den gegenwärtigen Anlaß hinaus bewilligt werden. Minister v. Bötticher erklärt, die Regierung stehe dem nicht ablehnend gegenüber; bei starker Beilegung der Industrie würden die verbündeten Regierungen eventuell eine Nachbewilligung beantragen. In der weiteren Discussion wurde von allen Seiten ausgesprochen, daß die Beschädigung der Ausstellung durch das im politischen und wirtschaftlichen Interesse Deutschlands liege und daß es Pflicht der deutschen Industrie in ihrem und im allgemeinen Interesse sei, die Ausstellung gut zu beschützen. Minister v. Bötticher theilte mit, daß bereits eine größere Anzahl wichtiger Industrien sich zur Theilnahme bereit erklärt habe, daß aber einzelne noch zurück seien, z. B. die Großseidenindustrie und die Grefelder Textilindustrie. Er erwarte aber, daß auch diese sich noch zur Theilnahme entschließen würden. Mit der ziemlich ausgedehnten Discussion dieser Ausstellung wurde die Erörterung einer internationalen Ausstellung in Berlin verbunden und die Anfrage an Minister v. Bötticher gerichtet, wie sich zu einer solchen die Regierung stellen werde. Die Erklärung ging dahin, daß die verbündeten Regierungen die Anregungen der Industriellen erwarten müßten, daß sie neutral dieser Frage gegenüberstehen, und wenn solche Anregungen erfolgten, sie prüfen und dann Stellung nehmen würden. Münchenswerth sei es aber jedenfalls, solche Ausstellung nicht vor 1897 in Aussicht zu nehmen.

* **[Angeklagte Aeußerungen des Kaisers.]** Der Kaiser soll am 23. November zu Potsdam bei der Vereidigung der Rekruten des 1. Garde-regiments zu Fuß eine Ansprache gehalten haben, über welche nach einem Privatbrief an einen Reichs-Freund die „Reicher Presse“ folgenden Wortlaut mittheilt:

„Rekruten! Ihr habt jetzt vor den geweihten Dienern Gottes und angeklagt dieses Altars mir Treue geschworen. Ihr seid noch zu jung, um die wahre Bedeutung des eben Gesprochenen zu verstehen, aber befehlige ich euch zunächst, daß ihr die gegebenen Vorschriften und Lehren immer befolgt. Ihr habt mir Treue geschworen, das — Kinder meiner Garde — heißt, Ihr seid jetzt meine Soldaten, Ihr habt euch mir mit Leib und Seele ergeben; es giebt für euch nur einen Feind, und der ist mein Feind. Bei den jetzigen socialistischen Untrieben kann es vorkommen, daß ich euch befehle, eure eigenen Verwandten, Brüder, ja Eltern niederzuschlagen — was ja Gott verhüten möge — aber auch dann müßt ihr meine Befehle ohne Murren befolgen“ u. s. w.

Nachdem einmal die „Reicher Zeitung“ diese Angaben gemacht hat, ist davon Akt zu nehmen, obgleich wir nicht daran zweifeln, daß sie jedenfalls keinen Glauben verdienen. Offenbar liegen hier grobe Mißverständnisse vor und es wird wohl an einer entsprechenden Richtigstellung bezw. an einem Dementi von berufener Seite nicht fehlen.

* **[Zu den Gerüchten über den Minister Herrfurth]** wird im „Samb. Corr.“ anscheinend officiös geschrieben: „Wahr an ihnen ist nur, daß sich der Minister mehrere Wochen lang angegriffen fühlte, indessen nicht in Folge der angestregten Arbeit, die die Ausarbeitung, Berathung und Durchführung der Landgemeinde-Ordnung erforderte, sondern weil er alsbald nach der Rückkehr von seinem Urlaube, der übrigens entgegen den Angaben einzelner Blätter die übliche Zeit keineswegs überstieg, von einer hartnäckigen

Grippe heimgesucht war. Jetzt ist er wieder hergestellt.“

* **[Kriegstreiber.]** Der „Militärpessimist“ der „Nat.-Ztg.“ behauptet, Herr Richter habe in seiner Etatsrede Betrachtungen über die Truppenanhebungen an der russischen Grenze für „Kriegstreiberien“ erklärt. Herr Richter hat nichts der Art gesagt. Der Ausdruck „Kriegstreiberien“ findet sich in seiner Etatsrede, welche übrigens der Rede des Reichskanzlers vorherging, nur in folgendem Zusammenhang:

„Wir können dem Reichskanzler besonders dankbar dafür sein, daß er aus eigenem Antriebe den Anlaß seines Besuchs — ich glaube, es war in Danzig — benutzt hat, um den Kriegstreiberien an den Börsen in den verschiedenen Ländern ein halt zuzurufen mit seinen entscheidenden friedlichen Worten.“

* **[Ein neues russisches Ausfuhrverbot?]** Die Münchener „Allg. Ztg.“ will aus guter Quelle in Berlin erfahren haben, daß russischerseits ein Verbot auf die Ausfuhr von Schlachtvieh und Fleisch erlassen werden soll. — Befestigung bleibt abzuwarten.

* **[Veranstaltungen zum Besten der russischen Nothleidenden.]** Wie die „Arenztg.“ für bestimmt hört, beabsichtigt man in Berliner Hofreisen, Concerte und ähnliche Veranstaltungen zum Besten der russischen Nothleidenden zu treffen. Die „Arz.-Ztg.“, die bekanntlich gegen Rußland sehr eingenommen, bedauert dies und meint:

„Nach der Abweisung, welche der Bergmann-Harnack'sche Aufruf in der russischen Presse gefunden hat, wäre ein erneutes Liebesmühen nur schlecht angebracht. Weder in Rußland würde es richtig verstanden werden, noch in Deutschland könnte es die Aufnahme finden, die sonst jedem Werk christlicher Barmherzigkeit sicher ist.“

* **[Bismarcktreue Geistesblüthen.]** Welche Geistesblüthen die Etats-Debatten in der Redaction der bismarcktreuen „Dresdener Nachrichten“ hervorgebracht haben, mag folgende von der „Volksztg.“ reproducirte Probe lehren:

„Es klingt wie echt Bismarck'scher Humor, daß am Tage, wo Herr v. Caprivi seine Rede hielt, in Friedrichsruh eine musikalische Soirée stattfand. Während der neue Kanzler den Ruhen der russischen Kaiserreise nachwies, sang am Herdfeuer in Friedrichsruh Etelka Gerster dem Altreichskanzler zu: „O, wie ich mir gefalle — In meiner stillen Ländlichkeit“, und 's Herr v. Caprivi nun gar von dem Segen des hegeländer Abkommens rebete, da tönte mitten im Schönenwalde das Schubert'sche Lied: „Ein Fischer mit der Ruthe — Wohl an dem Ufer stand — Und sah's mit kaltem Blute, — Wie sich das Fischlein wand.“ Als aber ein Bote erschien mit dem Telegramm der Kanzlerrede, da schmetterte Etelka hinaus: „Du hast mir gewiß einen Gruß zu sagen, Einen Gruß von meinem Schatz.“ Und wiederum klingt es wie eine tolle Ironie, daß am Montag Fürst Bismarck nicht in Berlin weilte, sondern sich an der Wahl eines Kreisabgeordneten — in Raaburg betheiligte. Warum Fürst Bismarck noch nicht im Reichstage erschien? Nun, er wird dort hin gehen, wenn seine Zeit gekommen, und einstweilen wird man der Antwort des Schweizer Helden gedanken, die er in gleicher Lage gab: „Braucht Ihr den Zell, so wird's an ihm nicht fehlen.“ „Braucht Ihr den Zell“ — ja, wer braucht den Zell?

* **In Offenbach a. M.** ist nach langen Bemühungen ein Ofen für Leichenverbrennung fertiggestellt worden. Nun hat die hiesige Regierung die Benutzung desselben aufs strengste verboten und den dortigen Bürgermeister angewiesen, eine Verwendung des Ofens mit allen Mitteln, selbst mit Polizeigewalt, zu verhindern. Der Offenbacher Bürgermeister, Herr Brink, ist aber nicht nur der oberste Polizeibeamte, sondern auch der Vorsitzende des dortigen Vereins für Leichenverbrennung; er befindet sich also in einer recht misslichen Lage.

Hamburg, 2. Debr. Anlässlich des heutigen fünfzigjährigen Gedächtnistages der Eröffnung des jetzigen Börsegebäudes hielt der Vorsitzende der Handelskammer Crafemann an die heutige Börseversammlung eine Ansprache, in welcher er der Vorfahren gedachte, die das Börsegebäude errichtet und die Grundlage geschaffen hätten, auf welche sich die Stadt zu ihrer jetzigen Blüthe emporgeschwungen habe, und gleichzeitig der Hoffnung Ausdruck gab, daß es Hamburg nie an Männern fehlen möge, welche mit weit-schauendem Blick auch in der Zukunft segensreich wirkten. Der Redner schloß mit einem dreimaligen, begeistert aufgenommenen Hoch auf die Vaterstadt. Die Handelskammer hat anlässlich des Tages eine Denkschrift über die Ergebnisse des Hamburger Handels veröffentlicht. Von der Actien-Gesellschaft „Neue Börsehalle“ war ein illustriertes Gedenkbuch herausgegeben worden. Das Börsegebäude und die dasselbe umgebenden Häuser waren festlich geschmückt.

Frankreich.

Paris, 2. Debr. Der Deputirte Hubbard zeigte dem Justizminister Fallières heute Nachmittag an, daß er bezüglich der neuerlichen Aundgebungen der Bischöfe und namentlich bezüglich des vom Erzbischof von Bourdeaux erlassenen Hirtenbriefes eine Interpellation an die Regierung zu richten beabsichtige. Wie es heißt, würde Hubbard im Verfolg seiner Interpellation beantragen, daß die Regierung das Concordat kündige. (M. Z.)

Griechenland.

Athen, 2. Debr. Die Kammer wählte zur Berathung des Antrages betreffend die Verlegung des früheren Ministerpräsidenten Trikupis in den Anklagezustand eine Commission von 12 Mitgliedern, von denen 8 der Majorität, 4 der Opposition angehören. Die Commission wird in einem Monate ihren Bericht erstatten. (M. Z.)

Rußland.

* **[Zum Nothstand.]** Die „Nowosil“ melden, daß die höchste Militärbehörde sich dieser Tage an die Chefs der einzelnen Truppentheile mit der Anfrage gewandt habe, ob dieselben es für möglich hielten, die tägliche Brodration der Soldaten von 3 auf 2 1/2 Pfund herabzusetzen und das Geld für so ersparte 36,25 Solotnik Mehl von jeder Soldatenration zu anderweitiger Verwendung zur Verfügung zu stellen.

Petersburg, 2. Debr. Der „Börsezeitung“ zufolge forderte der Finanzminister diejenigen Eisenbahngesellschaften, welche neue Obligationen annehmen aufzunehmen beabsichtigen, auf, sich direct mit den Bankhäusern zu verständigen. Das Blatt will wissen, daß auch deutsche Kapitalisten bereits Offerten gemacht hätten.

Coloniales.

[Neue Mannschaften der Schutztruppe.] Mit dem am 24. d. Neapel verlassenen Dampfer der Ostafrika-Linie werden zwei Lieutenants, vier Unteroffiziere und ein Lazarethgehilfe nach Ostafrika abreisen, um in die Schutztruppe aufgenommen zu werden.

* **[Ausichtslosigkeit des Kampfes gegen die ostafrikanischen Sklavenhändler.]** In dem

Bericht über den Sklavenhandel, den der Stations-Chef in Tabora, Lieutenant Sigl, unterm 31. August an den Gouverneur von Deutsch-Ostafrika erstattet hat, befinden sich noch folgende bezeichnende Sätze: „Bei der ungeheuren Ausdehnung des Sklavenhandels, bei der Raffinität, Berathlosigkeit und Berwegenheit, mit welcher die Sklavenhändler zu Werthe gehen, kann ich mich hier leider vorläufig nur auf ein Erschweren und vorläufiges Beobachten des Sklavenhandels beschränken. Viele zu plump angelegte Felle, in welchen ich einschliefen mußte, um nicht blind oder schwach zu erscheinen, ergaben mir nur zu deutlich den Beweis, daß mit dem Hängen einzelner Sklavenhändler absolut der Sache nicht abgeholfen, sondern daß vielmehr dadurch eine derartige allgemeine Erbitterung eintreten würde, daß die Befestigung der wichtigsten Plätze im Innern nur durch schwere, kostspielige Kämpfe möglich sein würde. Körperliche Züchtigung, an die Kette legen, Ausweisung aus Tabora, Befreiung einzelner Sklaven, das waren die einzigen Mittel, die ich bisher angewendet habe, und selbst diese nur mit größter Vorsicht in äußerst gravirenden Fällen. Wollte man die hiesigen Sklavenhändler alle hängen, es würden in ganz Tabora keine Menschen am Leben bleiben. So lange Araber, Wangwaner und von Arabercultur-Verdorbenheit Berührte Negerhandel treiben und im Lande Haushalts-Sklaven und Viehweiberei gebildet werden müssen der Verhältnisse wegen, so lange wird der Sklavenhandel bestehen. Wenn die Araber in ihrer Beschränkung gegen Emin Pascha fragen, ob denn kein Platz für sie im Lande mehr sein sollte, so stellen dieselben diese Frage nur, weil sie deutlich fühlen, daß es ein Ding der Unmöglichkeit für sie ist, sich den Gesetzen der Europäer, was die Sklavenfrage anbelangt, zu fügen. Es liegt darin eine Art versteckter Anfrage, ob die Regierung nicht eventuell ein Auge zuzudrücken geneigt wäre. Wenn nicht, nun dann kommt es in Manjema zum Verweilungskampfe, dort hoffen die Araber den Europäern gewachsen zu sein.“

Von der Marine.

Riel, 1. Debr. Der Aviso „Pfeil“, welcher auf hiesiger Rheide eingetroffen ist, kommt bekanntlich aus dem Großen Belt, wo er mit dem Suchen und Bergen des vor zwei Wochen daselbst vom Panzerdampfer „Deutschland“ verlorenen Ankers beschäftigt war. Und zwar diesmal mit Erfolg, denn das sechstausend Pfund schwere Schiffsrequisit ist von den Mannschaften des Aviso gehoben und glücklich heimgebracht worden. (Arenztg.)

Am 4. Debr.: **Danzig, 3. Debr.** M.-A.-B. Ztg. S. A. 2. S. 11. 339. M.-U. 5. 54.

Weiterausblick für Freitag, 4. Debr.

und zwar für das nordöstliche Deutschland:

Kälter, mäßig, leicht, Nachtfrost.

Für Sonnabend, 5. Debr.

Niedrig, trübe, Nebel, später aufklarend; frostig.

Lebhaft windig. Sturmwarnung.

Für Sonntag, 6. Debr.

Bedeckt, neblig, nasskalt; Niederschläge. Nachtfrost.

Für Montag, 7. Debr.

Mäßig, leicht; Niederschläge, Nebel. Nahe Null.

Für Dienstag, 8. Debr.

Nebel, bedeckt, leicht. Temperatur nahe Null.

* **[Pensionirung.]** Der Secretär Trauthan bei dem Amtsgerichte in Danzig ist auf seinen Antrag mit Pension in den Ruhestand versetzt worden.

* **[Jahresfeier.]** Gestern Abend feierte der Gängerkreis des Vereins der St. Katharinen-Girtdgemeinde sein erstes Stiftungsfest. Der festlich geschmückte Saal der Abegg-Stiftung sah kaum die mit ihren Familien erschienenen Vereinsgenossen und Gäste, welche ein Lieber-Abend erwartete, dessen Programm eine Fülle von Klavier- und Gesangsbeiträgen, Soli, Declamationen und Chorgesängen darbot. Ernst und Scherz wechselten in wirksamster Form. Herr Prediger Blech hielt eine kurze Ansprache und ließ hernach auch eine Weihnachtsbühne umgeben, deren verhältnismäßig reicher Ertrag zu Kinderbescherungen dienen soll. Der ganze Abend verlief in ungetrübter Freude. „Wie eine große Familie.“ schauten wir hier eine Kirchengemeinde um ihren Geistesführer, so lautete das Urtheil eines von auswärts gekommenen Gastes.

* **[Innungs-Ausfluß.]** In der gestrigen Versammlung der Altgefallen und Gefellenschafts-Vertreter hielt zunächst der Vorsitzende des Innungs-Ausflusses einen Vortrag über die Kranken-, Unfall- und Invaliden-, bezw. Alters-Versicherung, unter Berücksichtigung des neuesten statistischen Materials und unter besonderem Hinweis auf die dem Reichstage noch vorliegende Novelle zum Kranken-Versicherungsgesetz. Es knüpfte sich hieran eine längere und lebhaft Discussion. Zum Schluß wurde eine Resolution angenommen, nach welcher der Innungs-Ausfluß darum ersucht wird, zulässigen Orts, insofern noch irgend angängig dafür einzutreten, daß die gesetzliche Unterfertigungszeit bei den Krankenkassen nicht über 6 Monate ausgebeht werde. — Dem in der letzten Innungs-Ausfluß-Sitzung seitens der Meistervertreter gefaßten Beschluß: „Anpassung der Unterrichts-Stunden an die normalen Werkstunden und Ausdehnung des Unterrichts auf die Sonntags-Vormittage mit Anlaß auf den Frühgottesdienst“, stimmten auch die Gefellenschafter zu, was durch die Vertreter der letzteren zum Ausdruck gebracht wurde. Hierauf erfolgte die Wahl eines Vorstandsmittels. An Stelle des wegen Fortzuges von Danzig ausgehenden Altgefallenen Sippil wurde der Schneidergeselle Lindner in den Vorstand gewählt.

* **[Haus- und Grundbesitzer-Verein.]** In der gestrigen Versammlung berichtete Herr Wig über die Thätigkeit der für die Regelung der Schnee- und Eisabfuhr eingesetzten Commission. Es sind auf die Anzeige der Commission eine ganze Anzahl Angebote von Fuhrwerksbesitzern eingegangen, die sich zur Uebernahme der Schnee- und Eisabfuhr bereit erklärt haben. Die Commission beabsichtigt, mit einem Consortium in der Art abzuschließen, daß dasselbe einen Obmann wählt, welcher für seine Auftragsgeber die Verantwortlichkeit übernimmt und für etwaige Polizeistrafen aufkommen muß. Wie die eingegangenen Offerten ergeben, wird die Abfuhr vorläufig nicht billiger werden, doch wird dieselbe planmäßig ausgeführt werden. In einer weiteren Sitzung wird die Commission mit einer Unternehmerrunde abschließen und darüber schlußig werden, welcher Strafen-complex zum ersten Versuch ausgewählt werden soll. Sobald dieses geschehen ist, sollen dann sämtliche an diesen Strafen wohnende Hausbesitzer, auch wenn sie nicht dem Verein angehören, zum Beitritt aufgefordert werden. Die Bezahlung würde wahrscheinlich nach Quadratmetern erfolgen. In der sich an das Referat anschließenden Discussion drückten die Anwesenden ihre Zustimmung zu dem Vorgehen der Commission aus. Zum Schluß hielt Herr Rechtsanwalt Haack einen Vortrag über das neue Einkommensteuergesetz und beantwortete die zahlreichen an ihn gestellten Fragen.

* **[Berufung.]** Das Schaufenster-Einwerfen scheint schon wieder zu beginnen. Der obdachlose Arbeiter Julius Hing warf gestern Abend 8 Uhr mit einem Stein das Schaufenster des Kaufmanns J. (Cangasse 78) ein und verursachte dadurch einen Schaden von 500 Mk. S. gab bei seiner Verhaftung an, die Nothwendigkeit nur begangen zu haben, um im Gefängniß ein Unterkommen zu erhalten.

* **[Wilhelm-Theater.]** Einen glücklichen Griff hat die Direction diesmal mit dem für den Monat December

Sachverständigen und Privaten liegen noch 100.000 und empfehlen wir Interessenten sich kompletten Prospect, der gratis versandt wird, kommen zu lassen.

